

Lausitzer-Kohle-Rundbrief

BRUNICOWY ROZGLĚD

**31. Juli
2024**

1. Studie: Kohleabbaupläne für die Lausitz müssen drastisch überarbeitet werden
2. Bittgottesdienst im bedrohten Wald
3. 18. August: Liedprogramm im bedrohten Wald bei Rohne
4. Braunkohle-Folgekosten: Umweltorganisationen schlagen Alarm

Studie: Kohleabbaupläne für die Lausitz müssen drastisch überarbeitet werden

Tagebauverläufe in der Lau-
sitz zur Einhaltung der
1,5°-Grenze



Studie der FossilExit-Forschungsgruppe
Juni 2024

Philipp Herpich
Josephine Semb
Pao-Yu Oei
Claudia Kemfert



Eine neue Studie der Europa-Universität Flensburg zum Kohleausstieg in der Lausitz zeigt, dass aktuelle Abbaupläne drastisch überarbeitet werden müssen, um das deutsche Treibhausgas-Budget für die 1,5-Grad-Grenze einzuhalten. 38km² Fläche weniger als zu Beginn des Jahres geplant waren, dürfen in der Lausitz noch in Anspruch genommen werden, damit Deutschland seine Klimaziele einhält.

Bereits in früheren Studien wies die Fossil Exit Forschungsgruppe der Europa-Universität Flensburg und des Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung nach, dass die geplante Kohlemenge in der Lausitz stark reduziert werden müsse und ein Kohleausstieg bis 2030 essentiell ist, um die verfassungsrechtlichen Maßgaben zum Klimaschutz einhalten zu können. Mit der nun vorliegenden Studie werden erstmals konkrete Abbauanteile berechnet und aufgezeigt, die mit den Klimazielen vereinbar sind.

“Die Klimakrise ist die größte Bedrohung unserer Zeit. Das Pariser Klimaabkommen ist verbindlich und wenn wir das ernst nehmen, müssen wir in naher Zukunft ganz von fossilen Brennstoffen weg - auch in der Lausitz! Ein schneller und gerechter Kohleausstieg in der Lausitz ist möglich und absolut

notwendig, um Klimaziele einzuhalten und den Menschen in der Region Planungssicherheit und Perspektiven zu geben. Es geht um eine Fläche von über 5300 Fußballfeldern, die vor der Zerstörung gerettet werden muss. Dafür braucht es jetzt eine klare und zukunftsgerichtete Politik, statt Anti-Klima-Populismus.“ erklärt Studienautor Prof. Dr. Pao-Yu Oei.

Die Übertragung der ersten Studie auf die Flächenplanung in der Lausitz zeigt, dass in der Lausitz nur noch 11,6 km² abgebaggert werden dürfen, um 1,5°C-kompatibel zu bleiben. Selbst für einen rein wirtschaftsgetriebenen Kohleausstieg müssten fast 50% der geplanten Abbaufächen reduziert werden. Kleinere Abbaufächen würden den Menschen in der Region wichtige Planungssicherheit geben und neue Flächen für wirtschaftliche und soziale Kultivierung öffnen.

“Durch den ansteigenden CO₂-Preis sinkt die Wirtschaftlichkeit von Kohlestrom rapide ab, sodass die Kraftwerke in der Lausitz deutlich früher runtergefahren werden als bisher geplant. Es braucht eine neue Ehrlichkeit, die sich an den energiewirtschaftlichen- und Klimarealitäten orientiert, eine gewissenhafte und vorausschauende Politik, die den Ausstieg jetzt gerecht gestaltet, damit niemand zurückbleibt. Das muss jetzt vor Ort umgesetzt werden, insbesondere von Ministerpräsident Michael Kretschmer. Statt längst überholten Energieträgern hinterherzulaufen, müssen endlich zukunftsfähige Perspektiven in der Lausitz

Umweltgruppe Cottbus e.V. Projektbüro: Straße der Jugend 33 D-03050 Cottbus	Internet www.kein-tagebau.de E-Mail umweltgruppe@kein-tagebau.de	Telefon +49 (0151) 14420487	Spendenkonto GLS Bank BIC: GENODEM1GLS IBAN: DE17 4306 0967 1145 3769 00
--	---	---	--

geschaffen werden - das geht nur mit Erneuerbaren!" ergänzt Klara Heizmann von Fridays for Future Görlitz. (Pressemitteilung Fridays for Future, 20.06.2024)

Bittgottesdienst im bedrohten Wald



Am 23. Juni feierte die Evangelische Kirchengemeinde Schleife im bedrohten Wald am Tagebau Nochten gemeinsam mit Mitgliedern der Umweltgruppe Cottbus einen Bittgottesdienst zur Erhaltung der Schöpfung.

Bereits die Anreise führte allen Teilnehmenden die großräumige Abholzung für den Tagebau vor Augen, in der der nicht an die LEAG verkaufte Wald inzwischen eine grüne Insel bildet.

Ein Mitglied der Gemeinde erinnerte in einem Beitrag an die durch den Tagebau bereits verschwundene Landschaft des Tiergartens. Pfarrerin Jadwiga Mahling verlas einen Text, mit dem die Eigentümer des Waldes ihre Betroffenheit verdeutlichten und in globale Zusammenhänge einordneten. Doch auch

Zeugnisse der Hoffnung wurden vorgetragen.

Die Predigt hielt die Generalsuperintendentin des Kirchensprengels Görlitz, Theresa Rinecker. Im Anschluss an den Gottesdienst wurde die Möglichkeit zu Gesprächen bei Kaffee und Kuchen genutzt.

18. August: Liedprogramm im bedrohten Wald bei Rohne



Am Sonntag, dem 18. August präsentieren die Liedermacher Hornberger (Berlin/Cottbus) und Christof Kluge (Freiberg) ihr gemeinsames Programm „Gottes Werk und Menschenbilder“ im bedrohten Wald am Tagebau Nochten. Das Konzert beginnt um 14 Uhr an der Mühlroser Straße.

Dabei begleiten sie sich jeweils virtuos mit Gitarre, gelegentlich Ukulele und Mundharmonika. Man merkt ihnen gleich an, dass sie schon eine halbe Ewigkeit befreundet und im Diskurs sind über Gott und die Welt. Das spiegelt sich in der Auswahl der Lieder und Texte wider und in der Art und Weise, wie sie auf der Bühne freundschaftlich und kollegial

agieren. Die nachdenklichen und humorvollen Lieder werden abgerundet durch einige Texte und Gedichte der Künstler.

Der Veranstaltungsort ist fußläufig von Schleife (Bahn- und Bushalt) erreichbar und links der Mühlroser Straße nicht zu übersehen. Der Eintritt ist frei, um Spenden wird gebeten.

Der Wald, in dem die Veranstaltung stattfindet, wird von der Umweltgruppe Cottbus für Kultur- und Bildungsarbeit genutzt. Die Waldeigentümer weigern sich, ihn an das Kohleunternehmen LEAG zu verkaufen, das daraufhin eine Enteignung beim Sächsischen Oberbergamt beantragt hat. Die Behörde hat über den Antrag noch nicht entschieden. Zuletzt fand hier Ende Juni ein Bittgottesdienst der Kirchengemeinde Schleife mit Generalsuperintendentin Theresa Rinecker statt.

Braunkohle-Folgekosten: Umweltorganisationen schlagen Alarm

In einer am 25. Juli veröffentlichten gemeinsamen Stellungnahme fordern zivilgesellschaftliche und umweltpolitische Organisationen einen Kurswechsel im Umgang mit den Braunkohle-Folgekosten in Ostdeutschland. Anlässlich der bevorstehenden Landtagswahlen in Sachsen und Brandenburg fordern sie eine transparente und ökologisch nachhaltige Vorsorgepolitik, die sicherstellt, dass die Bergbaukonzerne LEAG und MIBRAG ihrer finanziellen Verantwortung nachkommen. Zuvor hat das Konzeptwerk Neue Ökonomie ein [Dossier zu den Tagebau-Folgekosten](#) veröffentlicht, das mehrfach auf Recherchen und Veröffentlichungen der Umweltgruppe Cottbus verweist.

Umweltgruppe Cottbus e.V. Projektbüro: Straße der Jugend 33 D-03050 Cottbus	Internet www.kein-tagebau.de E-Mail umweltgruppe@kein-tagebau.de	Telefon +49 (0151) 14420487	Spendenkonto GLS Bank BIC: GENODEM1GLS IBAN: DE17 4306 0967 1145 3769 00
--	---	---	--

Hier die gemeinsame Stellungnahme von 14 Verbänden und Initiativen, über die beispielsweise [Tagesspiegel \(paywall\)](#) und [Süddeutsche Zeitung](#) berichteten:

Anlässlich der Landtagswahlen in den Noch-Braunkohleländern Sachsen und Brandenburg im September verdient ein wichtiges Zukunftsthema für beide Länder erhöhte Aufmerksamkeit: die Pläne und Kosten für die Wiedernutzbarmachung der Braunkohlerevierflächen.

Als zivilgesellschaftliche und umweltpolitische Organisationen in den betroffenen Ländern erscheint uns die bisherige Vorsorgepolitik intransparent, ökologisch riskant und möglicherweise finanziell unzulänglich. Wir fordern daher einen umfassenden Kurswechsel hin zu einer transparenten und ökologisch nachhaltigen Vorsorgepolitik. Diese muss sicherstellen, dass die Bergbaukonzerne sich ihrer finanziellen Verantwortung nicht entziehen können.

Heute Tagebau, morgen Wasserkrise?

Der Umweltschutz, insbesondere der Wasserschutz, gebietet eine sorgfältige Sanierung der ehemaligen Tagebaue, was mit hohen Kosten und erheblichen Risiken verbunden ist, insbesondere für die Trinkwasserversorgung. Die Sanierungsarbeiten werden noch viele Jahrzehnte nach Ende des Kohlegeschäfts andauern. Für die Planung, Umsetzung und Finanzierung der Maßnahmen sind laut Bundesberggesetz die Bergbaukonzerne verantwortlich.

Die Klimakrise wird den bereits bestehenden Wassermangel in den Kohleregionen massiv verschärfen. Angesichts dessen muss die von den Bergbaukonzernen verfolgte Strategie der Folgenutzung durch Tagebauseen für die verbleibenden Tagebaue hinterfragt werden. Neben ökologischen Risiken und einer gefährdeten Trinkwasserversorgung drohen hier auch erhebliche Zusatzkosten gegenüber den bisher eingeplanten Szenarien. Behelfslösungen wie der angedachte Überleiter von der Elbe in die Spree können den Wassermangel nicht beheben, sondern nur verlagern. Wir fordern ausgewogene Wiedernutzbarmachungskonzepte, die Umwelt- und Wasserschutz sicherstellen! Für die Kohleregionen braucht es zudem regionale Wasserstrategien auf der Basis unabhängiger Gutachten. Dafür müssen die Kohleunternehmen ihre diesbezüglichen Datenlagen vollumfänglich zur Verfügung stellen.

Tagebau-Folgekosten: Sicherheits- und Transparenzmängel

Zwar haben die Landesregierungen in der ablaufenden Legislaturperiode durch die Einrichtung von Vorsorgegesellschaften Sicherungsmaßnahmen eingeleitet. Es fehlt jedoch die Transparenz über die Vereinbarungen und die Auswirkungen derzeitiger Umstrukturierungsbemühungen von LEAG und MIBRAG. An der Darstellung der Regierungen, nach der die aktuellen Vorsorgekonzepte ausreichend seien, haben wir schwere Zweifel. Sollten die verantwortlichen Konzerne zahlungsunfähig werden, müssten die Länder für die Kosten aufkommen. Da über die Kohleausstiegsentschädigungen des Bundes schon ein erheblicher Teil der Folgekosten aus öffentlicher Hand bezahlt wird, ist es umso wichtiger, die effektive Haftung der Konzerne für die verbleibenden Kosten sicherzustellen.

Jüngst gab die LEAG die Abspaltung ihrer zukunftsfähigen Unternehmensbereiche wie der Erneuerbare-Energien-Sparten bekannt. Es ist zu befürchten, dass das Kohlegeschäft damit in einer Art „Bad Bank“ isoliert wird, um zukünftigen Haftungsansprüchen für Tagebau-Folgekosten auszuweichen. Eine ähnliche Entwicklung beobachten wir seit längerem auch bei der MIBRAG, die ebenfalls die Geschäftsfelder ausgliedert, in denen zukünftige Gewinne zu erwarten sind. Das Kohlegeschäft wird hingegen in den nächsten Jahren absehbar immer weniger Einnahmen abwerfen, aus denen aber die vereinbarten Zahlungen in die Vorsorgegesellschaften zu finanzieren wären. Im Falle einer Insolvenz wäre eine Haftung des Mutterkonzerns EPH für die Verbindlichkeiten von LEAG und MIBRAG nachzeitigem Kenntnisstand nicht gewährleistet. Die Bilanzrückstellungen der Unternehmen erscheinen damit unsicher. Die Geschäftsmodelle der zusätzlich geschaffenen Vorsorgegesellschaften sind wiederum für die Öffentlichkeit nicht nachvollziehbar.

Kosten für die Allgemeinheit, Gewinne für die Konzerne – oder demokratische Kontrolle?

Die neuen Regierungen müssen ein Szenario abwenden, in dem die mit den Kohle-Altlasten verbundenen ökologischen Kosten auf die Allgemeinheit abgewälzt werden, während die Energiekonzerne gleichzeitig die mit der Energiewende verbundenen Gewinne privatisieren können. Stattdessen ist zu gewährleisten, dass gerade die Erträge aus diesen neuen Geschäftsfeldern zunächst die Finanzierung der Altlastenbewältigung absichern. Dazu sind auch Möglichkeiten der Überführung in öffentliches Eigentum mit starken demokratischen Kontrollfunktionen zu prüfen. Dies

Umweltgruppe Cottbus e.V. Projektbüro: Straße der Jugend 33 D-03050 Cottbus	Internet www.kein-tagebau.de E-Mail umweltgruppe@kein-tagebau.de	Telefon +49 (0151) 14420487	Spendenkonto GLS Bank BIC: GENODEM1GLS IBAN: DE17 4306 0967 1145 3769 00
--	---	---	--

würde auch eine nachhaltige Rekultivierungsplanung erleichtern, die insbesondere mit Blick auf die Wasserkrise den Bedürfnissen der Bevölkerung gerecht werden kann.

So könnten zudem die Spielräume für einen lebendigen demokratischen Strukturwandel in den Regionen erweitert werden. Aus dem geretteten Ort Pödelwitz soll nach Wunsch der dort verbliebenen Menschen ein Modelldorf der ökologischen und sozialen Nachhaltigkeit werden. Um dies zu ermöglichen und den Ort wiederzubeleben, fordern der lokale Verein „Pödelwitz hat Zukunft e.V.“ und andere Initiativen, die leerstehenden Immobilien der MIBRAG in öffentliches Eigentum zu überführen. Nur so könne die Dorfentwicklung unabhängig von undurchsichtigen Strategien des Unternehmens vorangebracht werden, das bisher keine eigenen Ideen vorlegt, sondern nur versucht, die Visionen des Vereins zu verhindern. Solche Initiativen aus den Kohleregionen verdienen Unterstützung aus der Zivilgesellschaft und Politik.

Für Transparenz und eine sichere Finanzierung der Braunkohle-Folgekosten

Die kommenden Landesregierungen müssen endlich Transparenz schaffen über die Vorsorgevereinbarungen mit LEAG und MIBRAG inkl. der Ansparkonzepte, Anlagerichtlinien und Verpfändungsvereinbarungen für die Vorsorgegesellschaften. Auch die Details der zugrundeliegenden Kostenberechnungen für die langfristig anfallenden Rekultivierungsmaßnahmen, die es für eine sozial und ökologisch lebenswerte Region braucht, müssen öffentlich nachvollziehbar werden. Intransparenz schadet dem Vertrauen in politische Prozesse und nährt die Zweifel an den bisherigen Maßnahmen.

Wir fordern die Parteien in Sachsen und Brandenburg dazu auf, klar Stellung zu den Fragen der ökologischen Braunkohlesanierung, der Wasserstrategien und der Braunkohle-Folgekosten zu beziehen.

Gemeinsame Stellungnahme von:

- Konzeptwerk Neue Ökonomie
- GRÜNE LIGA
- Greenpeace Deutschland
- Greenpeace Ortsgruppen Leipzig-Halle, Chemnitz, Cottbus & Oberlausitz
- BUNDjugend
- BUNDjugend Brandenburg
- BUND Sachsen
- BUND Brandenburg
- Pödelwitz hat Zukunft
- Communia
- Bürgerinitiative „Zukunft statt Braunkohle Lützen“
- Jugendforum Nachhaltigkeit Brandenburg
- Naturfreundejugend Brandenburg
- Naturfreunde Brandenburg

Umweltgruppe Cottbus e.V. Projektbüro: Straße der Jugend 33 D-03050 Cottbus	Internet www.kein-tagebau.de E-Mail umweltgruppe@kein-tagebau.de	Telefon +49 (0151) 14420487	Spendenkonto GLS Bank BIC: GENODEM1GLS IBAN: DE17 4306 0967 1145 3769 00
--	---	---	--